



88/2009

Kiel, 3. Juli 2009

Bilanz der Gespräche vor Ort: Selbstvertretung von Menschen mit Behinderung wird verbessert

Kiel (SHL) - Knapp 200 Menschen mit und ohne Behinderung kamen heute im Kieler Landeshaus zu einer Fachtagung unter dem Thema „Selbstvertretung stärken“ zusammen. Der Landesbeauftragte Dr. Ulrich Hase und der Projektleiter des Inklusionsbüros beim Landesverband der Lebenshilfe Rainer Dillenberg stellten dabei ihre Erfahrungen zur Diskussion, die sie bei einer Rundreise in den Kommunen während der letzten zwei Jahre gesammelt haben. Insgesamt kamen über 600 Teilnehmer zu diesen Gesprächen vor Ort.

In den lokalen Diskussionsforen wurden Problemlagen der Menschen mit Behinderung dargestellt. Beklagte Missstände waren in erster Linie mangelnde Barrierefreiheit bei öffentlichen Plätzen, Wegen und Zugängen zu Rathäusern und Veranstaltungsräumen. Weiter wurde mehrfach kritisiert, dass es nur ein unklares Unterstützungsangebot, fehlende oder unbekannte Beratungsangebote und ungenügende Zusammenarbeit unter den lokalen Organisationen, die Menschen mit Behinderung unterstützen, gibt. Außerdem wurde diskutiert, wie man sich gegenüber den zuständigen politischen Gremien zur Problemlösung selbst vertreten kann.

„Wenn körperbehinderte Menschen in ihrer Heimatstadt keinen Facharzt finden, weil diese nicht barrierefrei erreichbar sind, dann muss mit der Kommune an Lösungen gearbeitet werden“, nennt Hase ein Beispiel. „Dazu bedarf es einer Bewusstseinsbildung bei den Verantwortlichen, die durch die Menschen mit Behinderung selbst in die kommunalen Strukturen befördert werden muss.“

Den Gesprächen vor Ort folgten bereits Fortbildungsangebote für Menschen mit Behinderung und eine Informationsbroschüre zur politischen Organisation von Kommunen. „Wir wollen Menschen mit Behinderung direkt unterstützen, um sie zur Durchsetzung der eigenen Interessen zu befähigen“ so Dillenberg, der weitere Angebote des Inklusionsbüros und des Landesverbandes entwickelt.



In einigen Kreisen wird infolge der Besuche bereits über die Berufung von beratenden Gremien wie Kreisbeauftragte oder Beiräte für Menschen mit Behinderung diskutiert. Dies beruht zum Teil auf durch die Rundreise angeregte Menschen in den Kreisen, die sich in den Veranstaltungen kennen lernten und seitdem zur Einrichtung von Vertretungen für Menschen mit Behinderung in ihren Kommunen zusammenarbeiten.